

Mittwoch, 21. Januar 2004 • Nr. 16 5

## Wie weiter in Bosnien-Herzegowina?

### Vorschlag zur Föderalisierung nach helvetischem Vorbild

Eine Initiative einer europäischen Expertengruppe zur verstärkten Föderalisierung des schwerfälligen politischen Systems in Bosnien-Herzegowina hat ein kontroverses Echo ausgelöst. Auf Ablehnung stiess der Vorschlag unter Bosniens Serben. Sie befürchten in einem in Bund, Kantone und Gemeinden aufgegliederten Staat einen Machtverlust.

Wok. Zagreb, 20. Januar

Die Europäische Stabilitätsinitiative (ESI), eine in Berlin und Brüssel domizilierte private Expertengruppe, hat mit einem unlängst unterbreiteten Vorschlag zur Umgestaltung der politischen Strukturen in Bosnien-Herzegowina\* einigen Staub aufgewirbelt. Im Unterschied zu zahlreichen anderen Initiativen zur Neugestaltung von Bosniens Zukunft bemühen sich die Autoren dieses jüngsten Vorschlags um ein überaus pragmatisches Vorgehen. Ziel ist eine sich an der Eidgenossenschaft orientierende politische Struktur, in der die Verantwortung gleichzeitig durch den Bundesstaat, die Kantone und die Gemeinden getragen wird. Das Vorgehen hätte den Vorteil, dass die dafür notwendigen Strukturen in Bosnien bereits bestehen und der Vorschlag demnach innert weniger Jahre umgesetzt werden könnte.

#### Aufhebung der Entitäten

Im Vertragswerk von Dayton, der geltenden Rechtsgrundlage für die Nachkriegsordnung in Bosnien, wird die Zweiteilung des Landes festgehalten. Knapp die Hälfte des Staatsterritoriums wurde darin der Republika Srpska zugeteilt, auf der übrigen Fläche erstreckt sich die bosnjakisch-kroatische Föderation. Diese wiederum ist in zwölf Kantone unterteilt. Hinzu kommt der weitgehend autonome Distrikt Brcko. Seine Sonderrolle besteht darin, die kurz vor Kriegsende erfolgte Zerschlagung der Republika Srpska in zwei Teile zu vertuschen. Die Strassenverbindung vom West- in den Ostteil der Serbischen Republik führt durch Brcko. Den bosnischen Serben wird auf diese Weise gewährleistet, etwa für die Reise von Visegrad nach Banja Luka, nicht durch die Föderation oder gar durch Kroatien fahren zu müssen. Sowohl Brcko als auch die Republika Srpska verfügen über weitgehend eigenständige Verwaltungsstrukturen. Anders liegt der Fall jedoch bei den Kantonen, die alle der Föderation unterstellt sind. Über eine direkte Verbindung zum Zentralstaat verfügen sie nicht. Es ergibt sich dadurch eine vierteilige Staatsstruktur (Gemeinde, Kanton, Föderation, Zentralstaat) mit entsprechend hohen Aufwendungen und grossem bürokratischem Reibungsverlust.

Die ESI-Autoren haben daher die Abschaffung der Föderationsebene vorgeschlagen, zugunsten einer Stärkung von Gemeinden, Kantonen und dem Bundesstaat. Sowohl die Republika Srpska wie auch Brcko würden damit zu gleichwertigen Verwaltungseinheiten wie die zwölf Kantone der derzeitigen Föderation. Hinfällig würde damit der unsägliche Begriff der «Entität», wie derzeit die Bezeichnung für die Republika Srpska und die bosnjakisch-kroatische Föderation lautet. Eine der Hauptschwierigkeiten des Vorschlags liegt in der völlig unterschiedlichen Grösse und Bevölkerungsdichte der vorgeschlagenen vierzehn Kantone. Mit über einer Million Einwohnern wäre die

Serbische Republik ein eigentlicher Koloss. Hinsichtlich ihrer Wirtschaftskraft aber handelt es sich um eine Randregion, und sie könnte von einem nach schweizerischem Modell zu errichtenden Finanzausgleich profitieren. Dass Kantone von völlig unterschiedlicher Grösse im Rahmen eines Bundesstaats bestens aufgehoben sein können, beweise etwa die friedliche Koexistenz von Zürich und Appenzell, heisst es in der Studie.

#### Ablehnung in der Republika Srpska

Vermutlich haben die Autoren die Parallelen zur Schweiz absichtlich nicht weiter strapaziert. Trotz vergleichbarer Topographie lassen sich helvetische Verhältnisse nur sehr beschränkt auf Bosnien übertragen. In der Republika Srpska reichte die Ablehnung des Vorschlags quer durch das Parteienspektrum. Die Reaktion ist insofern verständlich, als die bosnischen Serben derzeit als eine der beiden Entitäten im Staate viel mehr Gewicht haben, als wenn sie, wie vorgeschlagen, nur einen von vierzehn Kantonen bildeten. Ihre in den Dayton-Abmachungen festgehaltene starke Stellung war seinerzeit eine Konzession an Milosevic, der die Verträge sonst nicht unterschrieben



hätte. Kritiker bezeichneten die Dayton-Verträge bereits bei ihrer Unterzeichnung als ungerechtfertigte Belohnung grossserbischer Expansion.

Auf Seiten der Föderation fielen die Reaktionen auf den ESI-Vorschlag gemischt aus. Die beiden regierenden nationalistischen Parteien der Bosnjaken und Kroaten waren eher dagegen, was nicht weiter erstaunt. Bisher sind in Bosnien noch alle grösseren Reformen des politischen Systems am Widerstand derjenigen gescheitert, die im Falle einer Umstrukturierung um ihre Pfründe fürchten müssten. Auch diese jüngste Initiative hat wenig Chancen auf eine baldige Realisierung, doch zumindest wurde die Debatte um Bosniens Zukunft belebt.

\* Making Federalism work - a radical proposal for practical reform ([www.esiweb.org](http://www.esiweb.org)).